



## Wenn nicht jetzt streiken, wann dann?

**13.000 Telekomler opferten einen Teil ihrer Freizeitansprüche und haben am 28.2. vor der Zentrale in Bonn demonstriert. Das war eine der größten Demonstrationen. Der Tag hat gezeigt, den Beschäftigten bei der Telekom reicht es und sie sind bereit zu kämpfen.**

Jetzt geht es darum den Schwung des 28.2. zu nutzen für eine effektive und zügige Steigerung des Kampfes. Der gemeinsame Streik aller Telekom-Beschäftigten (auch die BeamtInnen) ist nötig, um die mehr als dreisten Angriffe abzuwehren. Ein Transparent am 28.02. lautete „Wenn nicht jetzt streiken, wann dann?“ Genau. Wenn der Arbeitgeber diesen Rundumschlag durchführen kann, ist die Gegenwehr im Telekommunikationssektor erstmal für lange Zeit lahmgelegt, Gewerkschaftsstrukturen handlungsunfähig gemacht oder zerschlagen. Für den Telekom-Vorstand ist hier der Weg auch das Ziel. Die nun angesetzten Vertrauensleute- und Betriebsgruppensitzungen, die Betriebsversammlungen in den nächsten Wochen sollten eine breite Diskussion über Streikziele und -taktik ermöglichen. Es darf nicht bei Drohgebärden bleiben. Der Hai hat seine Zähne zum Zubeissen und nicht nur zum gefährlich aussehen. Ein Ultimatum könnte lauten: Alle angekündigten Kürzungen, Ausgründungen und Verschlechterungen, einschließlich des in Gang gebrachten Arbeitsplatzabbaus und der Herausnahme von Zehntausenden von Kolleginnen und Kollegen aus der 34-Stunden-Woche mit anschließender erzwungenen Mehrarbeit und vermehrte Samstags- und Sonntagsarbeit müssen sofort zurückgenommen werden. Andernfalls wird ein bundesweiter Streik bei der Telekom organisiert. Die Wut ist groß. Oft heißt es, wenn die KollegInnen die neuesten Horrormeldungen in der Zeitung lesen: „Eigentlich müßte man sofort die Arbeit hinschmeißen und auf die Strasse gehen. Und die Kunden gleich mit!“

In „Bayern-Times“ des Fachbereichs vom 5.03.07 schreibt ver.di: „Wenn es nach den Kolleginnen und Kollegen ginge, müsste ver.di gleich zum Streik aufrufen.“ Wunderbar, dann lasst uns das endlich machen!!!

### Alle gemeinsam

Ein- und mehrtägige Betriebsversammlungen und z. B. ein Aktionstag zeitgleich mit dem europaweiten Protesttag der Airbus-Beschäftigten könnten Zwischenschritte für einen Telekom-Vollstreik sein. Ein Streik bei der Telekom wäre ein ungeheueres ökonomisches Druckmittel. Er würde deutlich machen, dass bei der Telekom alles

ohne Obermann und Co., aber nichts ohne die Beschäftigten geht. Wenn wir nicht arbeiten, gibt es auch keinen Profit. Wenn die Telekommunikation nicht funktioniert, funktioniert die Wirtschaft nicht. Die Aktionäre der Telekom, deren Vertreter im Aufsichtsrat die Obermann-Linie unterstützen (Porsche, Dresdner Bank, Lufthansa, Linde usw.) würde das doppelt treffen. Uns

### Chaos statt Service

Sechzehn größere Umorganisationen mit ständig sich verändernden Kundenkontaktschnittstellen, haben seit Gründung der Aktiengesellschaft vor 10 Jahren dafür gesorgt, dass selbst Insider nicht mehr den/die jeweils zuständigen SachbearbeiterInnen kennen. Bis zu zwölf, mehr oder weniger kompatible IV-Systeme müssen die Mitarbeiter gleichzeitig bedienen. Selbst für einfachste Tätigkeiten, wie das Strippenziehen an den sog. Hauptverteilern, werden Servicemonteur mit einem Wust von Dateneingaben am persönlich zugewiesenen Laptop ausgebremst und einzeln beauftragt durch die Lande geschickt. Zu Bundespostzeiten leisteten wenige ortsgebundene Schaltwarte auf Zuruf, oder per Fax dieselbe Arbeit. Falls ein Kunde seinen defekten oder gewünschten Telefonanschluß als Meldung an die ständig überlastete Hotline absetzen konnte, beginnt zwischen den Geschäftskunden-, Privatkunden- und Technikabteilungen der Festnetzsparte T-COM ein kaum durchschaubares Gewirr von internen, gegenseitigen Beauftragungen und Geschäftsfallberechnungen. Zusätzliches Pech haben künftig Anschlussinhaber deren Leitung über Telefonmasten ins Haus geführt wird. Hier kommt ab April bundesweit noch zusätzlich, die aus der telekominternen Beschäftigungsgesellschaft „vivento“ entstandene VTS GmbH ins Spiel. Ein erster Probelauf Ende 2006 in Ostbayern hat ergeben, dass dadurch ca. 40% aller betroffenen Leitungsschäden nicht fristgerecht behoben werden konnten, normalerweise liegt der Wert bei 5-10%. Offensichtlich will man in Bonn das auf ganzer Linie gescheiterte Projekt einer firmeninternen Personalserviceagentur durch Quersubventionierung aus dem Festnetzgeschäft zu einem Erfolg verhelfen und zusätzlichen Druck auf die tariflich noch etwas besser gestellten Konzernmitarbeiter ausüben. Auch das neueste Premiumprodukt der T-COM, T-Homespeed/VDSL für einen besonders schnellen Internetzugang lässt altgediente Telekomler an den Führungseigenschaften des Bereichsvorstandes zweifeln. Angekündigt als Beschäftigung für die nächsten Jahre garantierend, sollte nach den zehn WM-Städten das neue Glasfasernetz massiv beworben, zügig auch in den 490 nächst größeren Städten Deutschlands verlegt werden. Doch jetzt wird das Ausbautempo trotz politischer Unterstützung gegenüber der von der EU verlangten freien Marktregulierung deutlich gedrosselt, nachdem es zwischenzeitlich sogar gestoppt war.

In einer Betriebsversammlung Ende Dezember erklärte der damals neue T-COM Chef Timo Höttges, "Ich brenne für die Idee der Service-Kultur und ich fordere Sie auf. Gehen Sie diese Reise mit." Spätestens hier treibt es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein quälendes Lächeln ins Gesicht, doch die Hitze die Timo Höttges verspürt, könnte diesmal auch die Wut der Mitreisenden auf dem Unterdeck der T-itanic sein, die aufgestaut nur auf den zündenden Funken wartet, der das Magentarot in Feuerrot verwandelt, und gerade noch rechtzeitig das Ruder vor dem Eisberg herumreißt.

wurde vom Vorstand der Krieg erklärt, schlagen wir zurück mit den Mitteln, die wir haben!

Ver.di muss den Kampf bei der Telekom mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne gegen die Auslieferung der Telekom an private Profithälie, gegen die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten begleiten. Die Telekom wurde einmal mit gesellschaftlichen Mitteln aufgebaut und nun zahlt die Bevölkerung und die Beschäftigten für private Profite. Obendrauf blechen wir Steuerzahler hinterher das Arbeitslosengeld bzw. die Hartz-Zuschüsse zu den Billiglöhnen.

Diese Kampagne braucht die Solidarität der Beschäftigten der Konkurrenzbetriebe. Eine gemeinsame Kampagne zur Verteidigung der Standards bei der Telekom sollte so zum Ausgangspunkt für die Anhebung der Tarife und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesen Betrieben bzw. für eine Branchentarifvertrag werden. Nicht umgekehrt! Und nicht zuletzt ist es nötig, dass die Gewerkschaften offen das Scheitern des Neoliberalismus und der „New Economy“ erklären. Als Konsequenz daraus muss die Rückverstaatlichung der Telekom und der gesamten Telekommunikationsbranche einschließlich der Ausrüsterkonzerne wie Siemens gefordert werden.

#### **„Konsens war gestern“**

Konzernchef Obermann hat gegenüber ver.di erklärt: „Konsens war gestern“. Diese von der Kapitaleseite aufgezwungene Konfrontation muss angenommen werden. Wenn es jetzt wie in den Jahren zuvor dazu kommt, dass ver.di weitere Zugeständnisse macht und die Pläne von Obermann – allenfalls um ein paar kosmetische Korrekturen verändert - mitträgt, wäre das eine weitere harte Niederlage, vielleicht die für die Zukunft gewerkschaftlicher Gegenwehr im Fachbereich entscheidende Niederlage.

Der Einsatz der geballten gewerkschaftlichen Kampfkraft ist lange überfällig. Anstatt die Pläne des Telekom-Vorstands von Anfang an radikal abzulehnen, hat der ver.di-Vorstand ein „Kooperationsangebot“ für eine „gemeinsame Serviceoffensive“ gemacht und in vorauseilendem Gehorsam „Langzeitkonten zum Auffangen von Kapazitätsschwankungen“ angeboten. Wir lehnen diese Position ab, weil sie weiterem Personalabbau Vorschub leistet und weil wir genug haben von der jederzeitigen zuschlagsfreien Verfügbarkeit des Arbeitgebers über unsere Zeit. Der Flexibilisierungsprozess muss rückgängig gemacht werden, anstatt ihn auszudehnen.

#### **Sozialtarifvertrag?**

Während die Beschäftigten den Kampf gegen die Ausgründung führen wollen,

hat der ver.di-Vorstand mit seiner Position eines „Sozialtarifvertrags“ die Ausgründung bereits akzeptiert. Es geht nun noch um die Bedingungen der Ausgründung. So heißt es in der Grundsatzklärung des Bundesfachbereichsvorstands vom 14.02.07: „Ver.di erhebt in diesem Fall die Forderung nach einem Tarifvertrag Auslagerungsschutz (Sozialtarifvertrag), um die vom Arbeitgeber mit der Ausgründung beabsichtigen Verschlechterungen der Arbeits- und Entgeltbedingungen abzuwehren. Gleichzeitig fordert ver.di die Volltari-fierung aller geplanten Gesellschaften auf hohem Niveau, falls an der Auslagerung festgehalten wird.“ Wenn hier die Rede ist von einem „hohen Niveau“ kann das nur als Aufgabe der Position „gleiches Niveau“ verstanden wissen.

Streik soll es nur dann geben, wenn die Verhandlungen für diesen Sozialtarifvertrag scheitern. Nach dieser Logik würden dann auch nur die betroffenen Beschäftigten zum Streik aufrufen. Und selbst für diesen Fall ist nur von „einem begleitenden Arbeitskampf“ die Rede. Das lässt befürchten, dass man vor allem verhandeln wird, um der Verhandlung willen. Das wird der Arbeitgeber wieder nutzen, um die Beschäftigten über den Tisch zu ziehen ohne dass von Anfang an Massnahmen ergriffen werden, die das Kräfteverhältnis effektiv zu gunsten der KollegInnen verändert und den vom Arbeitgeber aufgemachten Druck ebenbürtig beantwortet. Die Herausnahme von Zehntausenden von Beschäftigten aus der 34-Stunden-Woche lässt ver.di einfach laufen. Dabei wurde vor ein paar Wochen noch getönt, das wäre Tarifvertragsbruch und ver.di würde das nicht hinnehmen. Das gleiche Trauerspiel beim Abbau von

aktuell 32.000 Arbeitsplätzen. Es ist keine Rede davon, dass man diese Vernichtung von Existenzen unserer Kolleginnen und Kollegen stoppen will. Diese Politik der ver.di-Spitze können wir uns nicht länger leisten. Wir müssen bei allen anstehenden Sitzungen und Versammlungen die Vorbereitung eines Streiks mit dem klaren Ziel, Rücknahme aller Kürzungs- und Arbeitsplatzvernichtungspläne, einfordern.

#### **Friedenspflicht?**

Ver.di-Funktionäre sagen, gegen die Ausgründung könne man gar nicht streiken. Da sei man in der Friedenspflicht. Aber die Airbus-Beschäftigten sind auch in der Friedenspflicht und haben bereits die Arbeit niedergelegt. Der Streik der



300.000 Metaller Ende Januar gegen die Rente 67 wurde von Regierung und Unternehmern für illegal erklärt. Er hat trotzdem stattgefunden. In der Vergangenheit haben Belegschaften immer wieder von ihrem Recht Gebrauch gemacht, sich beim Betriebsrat zu informieren oder Betriebsversammlungen durchzuführen und dabei zum Teil stundenlang ihren Arbeitsplatz verlassen. Der 8tägige Streik bei Opel Bochum im Oktober 2004 wurde von den Streikenden zu einer mehr als einwöchigen Betriebsversammlung erklärt.

#### **Konzerntarifvertrag**

Die Abbaupläne der Telekom könnten von ver.di mit der Forderung nach einem Konzerntarifvertrag gegen Arbeitsüberlastung gekontert werden. Für einen solchen Tarifvertrag wäre in allen Telekombetrieben innerhalb ganz kurzer Zeit ein ganz legaler Streik möglich. Die Begrenzung der Arbeitsdichte, bezahlte Pausen, Bezahlung

#### **Ein Betrieb – eine Belegschaft**

Im Juni 2000 sollte bei Opel Bochum ein Bereich ausgegründet und tariflich abgesenkt werden. Als diese Pläne bekannt wurden, organisierten die Vertrauensleute bei Opel Bochum am 8.6. 2000 spontan eine Versammlung, die von 14.45 bis 22.45 Uhr dauerte. Es wurde das Motto ausgegeben: „Ein Betrieb – eine Belegschaft“. Es wurde eine Warnung an die Unternehmensleitung ausgesprochen. Für den Fall, dass die Unternehmensleitung die Pläne nicht innerhalb weniger Tage zurücknimmt, wurde damit gedroht, dass der Betrieb stillgelegt wird. Vom 14.-16.6.2000 legten schließlich in allen drei Bochumer Opel-Werken 13.500 Beschäftigte für 30 Stunden spontan die Arbeit nieder. Das kostete Opel einen Produktionsausfall von 10.000 Autos und einen Verlust von 300 Millionen DM. Ein von der IGM ausgehandelter Rahmenplan für die ausgegründeten Bereiche wurde von der Mehrheit der Betriebsräte akzeptiert. Die Belegschaft kam unter Druck, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Streikenden lehnten dies ab. Am Ende musste die Ausgründung und der bereits ausgehandelte Vertrag mit der IGM zurückgenommen werden. Die Financial Times schrieb darüber am 19.6.2000: „Die Opel-Belegschaft hat mit ihrem Protest gegen die Allianz vergangene Woche das Kalkül der GM-Konzernherren durchkreuzt...(Das)dürfte das Ziel der US-Boys, unrentable Werke dicht zu machen und die übrigen besser auszulasten, auf Jahre blockieren.“



von Wegzeiten, bezahlte und garantierte Zeiten für Fortbildung, Ausschluss von Personenkontrollen, Verbot von Antifraud-Management und Spitzelhotlines könnten konkrete Forderungen für einen solchen Tarifvertrag sein. Um die Reallohnverluste auszugleichen könnte zusätzlich dem Beispiel der Krankenhausbeschäftigten folgend, für alle Telekombeschäftigten eine tarifliche Fahrtkostenausgleichspauschale von 150 Euro im Monat als Ausgleich für die Reduzierung der steuerlichen Pendlerpauschale gefordert werden. Mit einer solchen Gegenoffensive würde der Kampf gegen Ausgründung und Verkauf mit der Durchsetzung von überfälligen Verbesserungen verbunden werden. Das verhindert die Gefahr, dass Beschäftigte einer teilbezahlten Erhöhung der Arbeitszeit zustimmen, weil sie dringend mehr Lohn brauchen. Ein solcher Konzerntarifvertrag könnte der erste Schritt sein die tarifliche Spaltung zwischen den verschiedenen Telekombereichen zu überwinden.

### **Streikverbot für Beamte?**

Mindestens ein Drittel der Telekom-Beschäftigten sind Beamte. Sie sind gleichzeitig den Angriffen der Bundesregierung auf die Beamten und den Angriffen der Telekom ausgesetzt. Aktuell droht den verbeamteten Kolleginnen und Kollegen bei der Post und bei der Telekom, dass die auf 41 Stunden erhöhte Arbeitszeit für Bundesbeamte auf sie übertragen wird. Sie dürfen nach der herrschenden Rechtsauffassung nicht streiken. Aber bereits auf dem Gewerkschaftstag der Postgewerkschaft 1986 hat der Hauptvorstand erklärt, dass das Beamtenstreikrecht gegebenenfalls durch kollektive Arbeitsniederlegung durchgesetzt werden muss. Ende der 80er Jahre war es Konsens in der DPG dass der Beamtenstreik legitim ist. In ver.di herrscht heute dagegen die Auffassung, dass man sich an das Streikverbot halten muss. Hätten die Gewerkschaften Streikverbote und Gesetze gegen sie in der Vergangenheit immer akzeptiert, hätten sie nie streiken und sich nicht aufbauen können. Das Streikrecht wurde gegen bestehende Gesetze durchgesetzt. Und auch das Beamtenstreikrecht kann nur durchgesetzt werden, indem es sich die Gewerkschaften nehmen. Das haben Beamte auch schon mehrmals vorgemacht. So haben z.B. in Hamburg bereits im Oktober 1988 10.000 Lehrer (2/3 der gesamten Lehrerschaft) gestreikt. Auch in Hessen

haben verbeamtete Lehrer und andere Beamte bereits gestreikt. Zuletzt am „Tag der Verweigerung“ am 18.11.2003. Damals haben über 65.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Hessen, darunter Beamte die Arbeit niedergelegt und in Wiesbaden gemeinsam demonstriert. Die Polizeigewerkschaft formulierte damals: „Die Politik traut sich fast alles, was trauen wir uns“. Und nicht zuletzt hat sogar der Europarat Deutschland mehrmals dafür kritisiert, dass die Einschränkung des Streikrechts nicht mit der „Europäischen Sozialcharta“ vereinbar sei.

### **Abbau von 32.000 Stellen stoppen**

Im Jahr 2004 hat ver.di mit der Telekom für mehrere Bereiche einen so ge-



nannten Tarifvertrag zur „Beschäftigungssicherung“ abgeschlossen. Die 34-Stunden-Woche mit Teillohnausgleich brachte eine effektive Lohnkürzung von 6,57%. Als Gegenleistung wurde ein „Moratorium zum Personalabbau“, der „Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2008“ und die „Schaffung von 10.000 neuen Arbeitsplätzen“ versprochen. Ein Jahr später, verkündete der damalige Konzernchef Ricke mit der Präsentation von glänzenden Quartalszahlen im Herbst 2005 den weiteren Abbau von 32.000 Arbeitsplätzen. Für die Telekombeschäftigten war bereits damals das Maß voll. Es kam zu einer bundesweiten Protestwelle, an der sich im Dezember 28.000 Telekomler beteiligten. „Ricke – wir haben die Faxen dicke“ stand auf einem Transparent. Auf einer Protestkundgebung in Bonn erklärte der ver.di-Funktionär Franz Tremel: „Wir können erheblich zulegen, wenn es sein muss...Auch in den Wintermona-

ten kann es verdammt heiß werden“. Aber anstatt einen heißen Winter zu organisieren, legte die ver.di-Führung Anfang Februar einen Abschluss vor, der die vom Telekomvorstand geforderten Stellenstreichungen über Abfindungen akzeptierte. Der Aufschrei im Fachbereich war so groß, dass die Zustimmung zurückgenommen werden musste. Selbst nach dieser Ablehnung durch die Basis wurden keine Kampfmaßnahmen eingeleitet, geschweige denn der Arbeitsplatzabbau in den Tarifrunden 2006 mit zum Thema gemacht. Mindestens 10.000 Beschäftigte wurden seither rausgemobbt. Weitere 20.000 sollen – unabhängig von den jüngsten Abbauplänen – gehen. Die Akzeptanz dieses weiteren Stellenkahlchlags durch die ver.di-Spitze und durch führende Betriebsräte darf nicht hingenommen werden. Es darf keinen weiteren Stellenabbau mehr geben, weder bei der Telekom, noch sonst wo. Wir wollen nicht noch mehr Arbeitslose und noch mehr Hartz-IV-Empfänger. Wir brauchen mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze und nicht weniger.

### **Statt bluten für die Rendite**

#### **Ran an die Profite**

3,2 Milliarden Gewinn hat die Telekom im Jahr 2006 eingestrichen. Nicht genug, meinen Telekom-Vorstand und die Aktionäre. Schließlich ist man mehr gewöhnt. Im Jahr 2005 waren es 5,6 Milliarden.

Nach der Theorie der Marktwirtschaft ist es Unternehmerrisiko, wenn die Kunden weglaufen und Umsätze einbrechen. Die Praxis sieht anders aus. Belegschaften, die den Managemententscheidungen und dem Konkurrenzkampf ausgeliefert sind, sollen die Risiken übernehmen. Die Kapitalanleger setzen als einziges Unternehmensziel ihre Renditeerwartungen. Und die Belegschaft darf mit Personalkostenkürzungen dafür bluten. Damit die Aktien steigen, müssen Arbeitsplätze fallen. Das ist bei der Telekom so, das ist bei der Allianz, bei der Deutschen Bank, bei Airbus, bei DaimlerChrysler und allen anderen Konzernen so. Trotz milliardenschwerer Gewinne gehen Arbeitsplatzver-nichtung, Lohnraub, Arbeitszeitverlängerung immer weiter. Steigt der Arbeitsdruck, macht die Arbeit die Menschen krank. Während die Aktionäre in Geld schwimmen, wissen wir nicht mehr wie wir über die Runden kommen sollen. Damit die Rendite auf dem Vorjahresniveau bleibt, soll unser Lohn auf ein Niveau von vor Jahren gesenkt werden. Wäh-

*„Wir haben zur Zeit eine Kapitalverzinsung von unter sechs Prozent. Das ist auf lange Sicht nicht tragbar.“*

Rene Obermann bei der Bilanzpressekonferenz am 1.3.07

rend der Telekom-Vorstand davon redet, dass zu viele bei der Telekom beschäftigt sind, ertrinken wir in Arbeit. Die einen sollen länger arbeiten, um die anderen in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Dafür ist es notwendig, dass die Gewerkschaften einen entschlossenen Kampf führen. Nicht nur bei der Telekom. Aber hier kann jetzt ein Anfang gemacht werden.

#### **Alle gemeinsam**

Frank Bsirske hat in seiner Rede in Bonn davon gesprochen, dass sich der Fachbereich Telekom auf die gesamte ver.di verlassen könne. Nach seiner Aussage war dies „ein ganz wichtiger Grund, warum ver.di vor fast sechs Jahren gegründet wurde. Wir wollten stärker werden, unsere Kräfte bündeln, unsere Schlagkraft erhöhen und unsere Abwehrkräfte stärken.“ Die Erfahrung von sechs Jahren ver.di ist jedoch eine ganz andere. Ver.di ist zwar zahlenmäßig eine der größten Gewerkschaften der Welt. Dieses Potenzial wird aber nicht genutzt. Die ver.di-Führung blockiert die Kampfbereitschaft. Wenn Kämpfe organisiert werden, hält man sie auf Sparflamme und verzettelt sie. Gleichzeitig laufende Tarifaesinandersetzungen werden nicht zusammengeführt. Im letzten Jahr konnten wir erleben, dass die Führung des Fachbereichs Telekom drei Tage nach Beginn des Streiks im öffentlichen Dienst ihren Deal zum weiteren Perso-

<b>Dafür setzen wir uns ein</b>	
<b>Weg mit den Plänen des Telekomvorstands</b>	
<b>Schluss mit Arbeitsplatzabbau, Ausgründung, Verkauf, Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub</b>	
<b>Für die Vorbereitung eines konzernweiten Streiks mit dem Ziel der Rücknahme der Vorstandspläne, gegen Arbeitsüberlastung und für mehr Lohn</b>	
<b>Sofortige Kündigung der Herausnahmeregelung aus der 34-Stunden-Woche durch ver.di</b>	
<b>30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf der Basis der Löhne von 2004 plus 10% Inflationsausgleich.</b>	
<b>Rückführung aller Kolleginnen und Kollegen, die in Vivento abgeschoben wurden an ihren früheren oder einem gleichwertigen Arbeitsplatz</b>	
<b>Aufstockung der Ausbildungsplätze von 4.000 auf 15.000 bzw. 10% der Beschäftigten. Übernahme aller Azubis in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bei gleichem Lohn der Altbeschäftigten</b>	
<b>Keine weiteren Verkäufe von Bundesanteilen. Rückführung der Telekom und aller anderen Post- und ehemals staatlichen Betriebe in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch gewählte Vertreterinnen der Beschäftigten und NutzerInnen</b>	

nalabbau bei der Telekom machte. Die Möglichkeit für einen gemeinsamen Kampf wurde vertan. Aktuell geht es nicht nur den Telekom-Beschäftigten an den Geldbeutel und an die Arbeitszeit, sondern auch den Beschäftigten im Einzelhandel und im indirekten öffentlichen Dienst. Die Drucker stehen in der Tarifaesinandersetzung. Die Hafearbeiter in Hamburg kämpfen gegen Privatisierung und die Hamburger Erzieherinnen gegen einen Ab-

senkungstarifvertrag. Bei der Post sollen die Beamten 41 Stunden arbeiten und dadurch 5.000 Stellen vernichtet werden. Der gemeinsame Kampf muss durch Initiativen und Druck von unten hergestellt werden, zwischen den ver.di-Bereichen und darüber hinaus mit den Beschäftigten von Airbus, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen und mit den Metallern, die höhere Löhne fordern.

#### **Wer wir sind und was wir wollen**

Wir sind KollegInnen bei der Telekom, die zusammen mit anderen KollegInnen aus anderen ver.di-Bereichen im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ zusammengeschlossen sind. Viele Mitglieder sind aus Enttäuschung mit den Gewerkschaften in den letzten Jahren ausgetreten. Wir haben dafür Verständnis.

Die immer dreisteren Angriffe von Seiten der Unternehmer und Regierungen können wir aber nur mit kollektiver Gegenwehr stoppen und zurückschlagen. Dafür wurden Gewerkschaften einst gegründet. Wenn sie diese Rolle heute nicht mehr erfüllen, dann spricht das nicht gegen Gewerkschaften, sondern gegen die heutige Gewerkschaftsführung. Funktionäre wie Bsirske, Schröder und viele Betriebsräte sind Co-Manager.

Wir wollen Gegenwehr statt Co-Management. Wir wollen Kämpfe, mit denen wir auch gewinnen können. Wir müssen endlich dem Beispiel unserer französischen KollegInnen folgen und uns mit Massenstreiks und Generalstreik zur Wehr setzen.

Wir müssen in der Tarifpolitik einen radikalen Kurswechsel durchsetzen. Die Politik des Lohnverzichts muss aufhören.

Wir müssen mit offensiven Forderungen und Streik ran an die Profite. Statt weiter Zugeständnisse bei der Arbeitszeit zu machen, muss die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wie sonst soll Arbeitsplatzvernichtung und Perspektivlosigkeit für die Jugend gestoppt werden?

Wir brauchen Funktionäre, die die Interessen der Basis vertreten, wähl- und abwählbar sind und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn.

Kritische und kämpferische Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter, einfache KollegInnen in und außerhalb von ver.di müssen sich zusammenschließen. Wir müssen eine inhaltliche und personelle Alternative zu angepassten Betriebsräten und ver.di-Funktionären aufbauen. Wir brauchen in ver.di eine innergewerkschaftliche Opposition.

Wir fordern alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, ver.di-Mitglieder und auch Nichtmitglieder auf, mit uns zu diskutieren und zu kämpfen. Nehmt Kontakt mit uns auf, lasst Euch in unseren Verteiler aufnehmen. Kommt zu unseren Treffen.



Kontakt und V.i.S.d.P.:  
Holger Dröge  
Pflugstr. 10/1  
10115 Berlin  
[magentat@netzwerk-verdi.de](mailto:magentat@netzwerk-verdi.de)